DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

D. Dringlichkeitsanträge

D.5. Antifaschismus und Aufdecken rechter Strukturen

Einreicher*innen: AG Antifa DIE LINKE. Dresden

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

1. Die Delegierten des Parteitages bekennen ergänzend zu den im Leitantrag formulierten Zielstellungen als Partei des Antifaschismus.

2. Der Landesvorstand arbeitet am weiteren schonungslosen Aufdecken rechter Strukturen mit und erarbeitet gemeinsam mit politischen Partnern und zivilgesellschaftlichen Kräften handlungsorientierte Konzepte im Kampf dagegen.

Begründung:

Weder im Leitantrag noch in einem anderen dem Parteitag zur Beschlussfassung vorgelegten Antrag oder Änderungsantrag, wird auf DIE LINKE. Sachsen als Partei des Antifaschismus Bezug genommen noch wird die Notwendigkeit / absolute Dringlichkeit der Auseinandersetzung mit rechten Strukturen und Ideologien sowie der Erarbeitung von Handlungskonzepten dagegen eingefordert. In Deutschland, in Europa und der Welt muss jedoch ein weiteres Erstarken und sich vernetzen rechter Strukturen und Ideologien beobachtet werden. Nicht erst das Auffliegen der und der Prozess gegen die Terrorgruppe "Nationalsozialistischer Untergrund" (NSU) hat gezeigt, dass in Deutschland Strukturen entstanden sind, die die Demokratie grundsätzlich in Frage stellen. Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Geschichtsrevisionismus und der Glauben an einen starken Führer werden zunehmend akzeptabel. Das beginnt bei der Diskussion über eine „Deutsche Leitkultur“, geht über immer offenere Angriffe auf dem Aussehen nach „Nichtdeutscher“ Menschen und führt bis zum Anzünden von Moscheen oder den Gewalttaten von Hanau, Halle, Kassel, München. Seit 1990 zählt das Bundeskriminalamt insgesamt 109 Todesopfer rechter Gewalt. Diese Entwicklung spiegeln sich nicht zuletzt auch in den Wahlergebnissen der vergangenen Bundestagswahlen und beunruhigt uns zutiefst. Diese Entwicklung muss endlich zu verändertem politischen Verhalten führen. Schlüssige handlungsorientierte Konzepte können eine Basis dafür sein.

Entscheidung des Landesparteitages: